

SIMON WEPPNER

Der gesellschaftsrechtliche
Minderheitenschutz
bei grenzüberschreitender
Verschmelzung von
Kapitalgesellschaften

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

251

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

251

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Simon Weppner

Der gesellschaftsrechtliche
Minderheitenschutz bei
grenzüberschreitender Verschmelzung
von Kapitalgesellschaften

Eine Untersuchung zum Spruchverfahrensrecht
unter besonderer Berücksichtigung
internationalzivilverfahrensrechtlicher Aspekte

Mohr Siebeck

Simon Weppner, geboren 1976; Studium der Rechtswissenschaft in Heidelberg und Mannheim; 2002 Master of Comparative Law (Adelaide); seit 2007 Rechtsanwalt; 2010 Promotion.

e-ISBN PDF 978-3-16-151436-4

ISBN 978-3-16-150658-1

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Meiner Mutter

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2010 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin als Dissertation angenommen.

Meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Martin Schwab, möchte ich für die wohlwollende Betreuung des Promotionsvorhabens danken. Er ließ mir alle Freiheit dieses Thema zu entwickeln und nach eigenen Vorstellungen zu gestalten.

Ebenfalls danken möchte ich Herrn Professor Dr. Helmut Grothe für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Der Friedrich-Naumann-Stiftung gebührt mein Dank für die großzügige finanzielle Unterstützung meiner Dissertation und die angenehme und interessante Zeit als Stipendiat. Auch den Herausgebern dieser Schriftenreihe gilt mein Dank für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe.

Danken möchte ich auch meinen Freunden, insbesondere Herrn Dr. Michael Steinhauer, Herrn Dr. Cay Fürsen und Herrn Dr. Kai Wawrzinek, die mich während der gesamten Promotionsphase begleitet haben und stets ein offenes Ohr für mich hatten. Für die Durchsicht und Korrektur des Manuskripts sowie die Erstellung der Druckfassung möchte ich meiner lieben Freundin Katrin Schreiner ganz herzlich danken.

Ohne die vorbehaltlose Unterstützung und Förderung meiner Eltern wäre jedoch weder diese Arbeit, noch der Weg an die Universität möglich gewesen. Ihnen gilt deshalb mein ganz besonderer Dank.

Düsseldorf, den 15.8.2010

Simon Weppner

Inhaltsübersicht

Vorwort	VIIIX
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis.....	XXI

Einleitung

A. Einführung	1
B. Rechtspraktische Bedeutung grenzüberschreitender Verschmelzung.....	2
C. Fragestellung der Arbeit	4
D. Eingrenzung des Themas und nicht behandelte Bereiche	7
E. Gang der Untersuchung	8

Kapitel 1

Voraussetzung und Funktion des Spruchverfahrens bei grenzüberschreitender Verschmelzung

A. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben	12
B. Informationeller Minderheitenschutz im Vorfeld der Verschmelzung	23
C. Grenzüberschreitende Verschmelzung nach der SE-VO.....	25
D. Grenzüberschreitende Verschmelzung nach der Verschmelzungsrichtlinie	33
E. Grundzüge des Spruchverfahrens.....	36
F. Exkurs: Rechtslage in Österreich	53
G. Zusammenfassung und Ergebnis	74

Kapitel 2

Internationale Zuständigkeit für Zuzahlungs- und Barabfindungsansprüche

A. Überblick über den Meinungsstand zur Anknüpfung der internationalen Zuständigkeit in spruchverfahrensrechtlichen Angelegenheiten	76
B. Grundzüge der Bestimmung der internationalen Zuständigkeit	79
C. Art. 25 Abs. 3 SE-VO und Art. 10 Abs. 3 Verschmelzungsrichtlinie als zuständigkeitsbegründende Normen	85

D. Eröffnung der internationalen Zuständigkeit nach der EuGVVO.....	95
--	----

Kapitel 3

Die Durchsetzung von Zuzahlungs- und Barabfindungsansprüchen vor ausländischen Gerichten

A. Grundsatz der <i>lex fori</i>	124
B. Anwendbarkeit des SpruchG kraft Verweisung.....	126
C. Anpassung nationalen Verfahrensrechts.....	137

Kapitel 4

Verfahrensrechtliche Koordination mehrerer gleichzeitig anhängiger Spruchverfahren

A. Instrumente verfahrensrechtlicher Abstimmung	156
B. Verfahrensrechtliche Koordination mehrerer Spruchverfahren bei nationaler Verschmelzung	156
C. Verfahrensrechtliche Koordination parallel anhängiger Spruch- verfahren bei grenzüberschreitender Verschmelzung	164

Kapitel 5

Gerichtsstandsklauseln als Instrument verfahrensrechtlicher Koordination

A. Zulässigkeit von Gerichtsstandsklauseln als materieller Satzungsbestandteil	189
B. Konkrete Ausgestaltung einer möglichen Gerichtsstandsklausel	202

Kapitel 6

Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Arbeit

Anhang	208
Literaturverzeichnis	211
Sachregister	231

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XXI

Einleitung

A. Einführung	1
B. Rechtspraktische Bedeutung grenzüberschreitender Verschmelzung.....	2
C. Fragestellung der Arbeit	4
D. Eingrenzung des Themas und nicht behandelte Bereiche	7
E. Gang der Untersuchung	8

Kapitel 1

Voraussetzung und Funktion des Spruchverfahrens bei grenzüberschreitender Verschmelzung

A. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben	12
I. Verweisungsstruktur der SE-VO	12
1) Struktureller Überblick.....	12
2) Abgrenzung des Anwendungsbereichs der Art. 15 Abs. 1 SE-VO und Art. 18 SE-VO im Hinblick auf Art. 24 Abs. 2 SE-VO	13
II. Verweisungsstruktur der Verschmelzungsrichtlinie.....	14
III. Anwendungsbereich der SE-VO und der Verschmelzungsrichtlinie	15
1) Anwendungsvoraussetzungen der Verschmelzungs- gründung nach der SE-VO.....	15
2) Anwendungsbereich der Verschmelzungsrichtlinie.....	15
IV. Von Art. 24 Abs. 2 SE-VO und Art. 4 Abs. 2 S. 2 Verschmelzungsrichtlinie geschützte Gesellschafter	18
1) Minderheit im Sinne von Art. 24 Abs. 2 SE-VO.....	18
a) Wortlautauslegung	19
b) Systematisch-teleologische Auslegung.....	20

c) Ergebnis.....	21
2) Minderheit im Sinne der Verschmelzungsrichtlinie	21
V. Erforderlichkeit eines Widerspruchs gem. Art. 24 Abs. 2 SE-VO, Art. 4 Abs. 2 S. 2 Verschmelzungsrichtlinie	22
B. Informationeller Minderheitenschutz im Vorfeld der Verschmelzung ..	23
I. Verschmelzungsplan	23
II. Verschmelzungsbericht	24
III. Verschmelzungsprüfung.....	24
IV. Zusätzliche Auskünfte.....	25
C. Grenzüberschreitende Verschmelzung nach der SE-VO	25
I. Gemeinsame Voraussetzungen des Zuzahlungs- und Barabfindungsanspruchs gem. §§ 6 Abs. 2, 7 Abs. 1 SEEG.....	25
1) Grundsatz	25
2) Zustimmungserfordernis.....	26
3) Ausnahme	26
II. Besondere Voraussetzungen des Zuzahlungsanspruchs gem. § 6 Abs. 2 SEEG	26
III. Besondere Voraussetzungen des Barabfindungsanspruches gem. § 7 SEEG	28
IV. Anfechtungsausschluss gem. § 243 Abs. 4 AktG, §§ 6 Abs. 1, 7 Abs. 5 SEEG	30
1) Allgemeine Regeln des Anfechtungsausschlusses.....	30
2) Einschränkung der Beschlussmängelanfechtung auf Grundlage der Rechtsprechung des BGH zur formwechselnden Umwandlung.....	31
a) Barabfindungswertbezogene Informationsmängel	31
b) Das Umtauschverhältnis betreffende Informationsmängel	32
D. Grenzüberschreitende Verschmelzung nach der Verschmelzungsrichtlinie	33
I. Gemeinsame Voraussetzungen	33
II. Besondere Voraussetzungen des Zuzahlungsanspruchs gem. § 122h Abs. 1 UmwG	34
III. Besondere Voraussetzungen des Barabfindungsanspruches gem. § 122i Abs. 1 UmwG.....	35
IV. Anfechtungsausschluss gem. § 243 Abs. 4 AktG, § 122h Abs. 1 i.V.m § 14 Abs. 2 UmwG und § 122i Abs. 2 i.V.m. § 32 UmwG.....	35
E. Grundzüge des Spruchverfahrens.....	36

I.	Antragsteller und Antragsberechtigung im Spruchverfahren	37
II.	Antragsgegner im Spruchverfahren	39
III.	Gemeinsamer Vertreter gem. § 6 SpruchG	39
	1) Bestellung	40
	2) Besondere Rechte des gemeinsamen Vertreters und Vergütung	40
IV.	Gemeinsamer Vertreter gem. §§ 6a, 6c SpruchG	41
	1) Bestellung	41
	2) Rechtsstellung des gemeinsamen Vertreters	42
	3) Vergütung	43
V.	Darlegungs- und Beweislast im Spruchverfahren	43
VI.	Der sachverständige Prüfer	46
VII.	Zinsanspruch	48
VIII.	Inter-Omnes-Wirkung der Entscheidung	49
IX.	Verteilung der Kostenlast im Spruchverfahren	50
X.	Ergebnis	53
F.	Exkurs: Rechtslage in Österreich	53
I.	Informationeller Minderheitenschutz im Vorfeld der Verschmelzung	54
II.	Barabfindungsanspruch gem. § 21 öSEG	54
III.	Barabfindungsanspruch gem. § 11 Abs. 1 EU-VerschG	57
IV.	Überprüfung des Umtauschverhältnisses und Zuzahlungsanspruchs gem. § 22 öSEG	57
	1) Auslandsgründung	58
	2) Inlandsgründung	59
	3) Gewährung zusätzlicher Aktien	59
V.	Überprüfung des Umtauschverhältnisses und Zuzahlung gem. § 12 EU-VerschG	60
VI.	Anfechtungsausschluss	60
VII.	Verfahrensrechtliche Besonderheiten des Außerstreitverfahrens	62
	1) Grundsätzliches	62
	2) Antragsteller und Antragsberechtigung	63
	a) Voraussetzungen der Antragsberechtigung	63
	b) Verfassungsrechtliche Bedenken	64
	c) Kreis antragsberechtigter Gesellschafter	66
	3) Antragsgegner	67
	4) Amtsermittlungsgrundsatz	67
	5) Gemeinsamer Vertreter	68
	6) Der sachverständige Prüfer	69
	a) Bestellung des sachverständigen Prüfers	69
	b) Inhalt des Prüfungsberichts	69

c) Funktion des sachverständigen Prüfers im Außerstreitverfahren	70
7) Gremium zur Überprüfung des Umtauschverhältnisses	70
8) Zinsanspruch	71
9) Erga-Omnes Wirkung	71
10) Kostentragung	71
a) Verfahrenskosten	72
b) Kosten der rechtsfreundlichen Vertretung	73
G. Zusammenfassung und Ergebnis	74

Kapitel 2

Internationale Zuständigkeit für Zuzahlungs- und Barabfindungsansprüche

A. Überblick über den Meinungsstand zur Anknüpfung der internationalen Zuständigkeit in spruchverfahrensrechtlichen Angelegenheiten	76
B. Grundzüge der Bestimmung der internationalen Zuständigkeit	79
I. Normenhierarchie	79
II. Auslegung gemeinschaftsrechtlicher Normen	80
1) Grundsatz der autonomen Auslegung	80
2) Auslegungskanon im Gemeinschaftsrecht	81
a) Teleologische Auslegung	81
b) Systematische Auslegung	82
c) Grammatikalische Auslegung	82
d) Historische Auslegung	83
e) Rechtsvergleichende Auslegung	83
III. Auslegung von Zuständigkeitsnormen im Lichte der Rechtsprechung des EuGH	84
C. Art. 25 Abs. 3 SE-VO und Art. 10 Abs. 3 Verschmelzungsrichtlinie als zuständigkeitsbegründende Normen	85
I. Internationale Zuständigkeit nach Art. 25 Abs. 3 SE-VO	85
1) Verhältnis von vorheriger mitgliedstaatlicher Kontrolle gem. Art. 25 Abs. 2 SE-VO und nachträglicher Überprüfung des Umtauschverhältnisses bzw. der Höhe der Barabfindung	86
2) Teleologische Auslegung	87
3) Systematische Auslegung	88
4) Historische Auslegung	89
5) Grammatikalische Auslegung	89
6) Rechtsvergleichende Auslegung	89

7) Prinzipienorientierte Auslegung	90
8) Ergebnis.....	91
II. Internationale Zuständigkeit nach Art. 10 Abs. 3	
Verschmelzungsrichtlinie.....	91
1) Teleologische Auslegung	91
2) Grammatikalische Auslegung.....	92
3) Historische Auslegung	92
4) Rechtsvergleichende Auslegung.....	93
5) Dogmatischer Einwand	93
6) Ergebnis.....	94
D. Eröffnung der internationalen Zuständigkeit nach der EuGVVO	95
I. Verhältnis der EuGVVO zum EuGVÜ	95
II. Anwendungsvoraussetzungen der EuGVVO	99
1) Sachlicher Anwendungsbereich.....	99
2) Persönlicher Anwendungsbereich.....	100
3) Räumlicher Anwendungsbereich	100
4) Situativer Anwendungsbereich der EuGVVO.....	100
III. Zuständigkeitsnormen der EuGVVO.....	103
1) Fehlen eines Gerichtsstandes der Mitgliedschaft	103
2) Eröffnung der internationalen Zuständigkeit nach Art. 2 Abs. 1 EuGVVO	104
3) Eröffnung der internationalen Zuständigkeit nach Art. 22 Nr. 2 EuGVVO	104
a) Normzweck des Art. 22 Nr. 2 EuGVVO.....	104
b) Tatbestand des Art. 22 Nr. 2 EuGVVO	105
i) Gültigkeit oder Nichtigkeit einer Gesellschaft.....	105
ii) Auflösung einer Gesellschaft.....	106
iii) Gültigkeit von Beschlüssen	107
iv) Zusammenfassung und Ergebnis	111
4) Eröffnung der internationalen Zuständigkeit nach Art. 5 Nr. 1 lit. a EuGVVO	111
a) Auslegung des Art. 5 Nr. 1 lit. a EuGVVO.....	112
b) Vertragliche Ansprüche im Sinne des Art. 5 Nr. 1 lit. a EuGVVO	112
i) Martin Peters Bauunternehmungen GmbH ./. Zuid Nederlandse Aanemers Vereniging	112
ii) Powell Duffryn plc ./ Wolfgang Petereit.....	113
iii) Ets. A. de Bloss SPRL ./. Société en commandite par actions Bouyer.....	115
iv) Zusammenfassung.....	115
v) Anwendung der Rechtssprechungsgrundsätze auf das Spruchverfahren.....	116

c) Erfüllungsort	117
i) Kritik an der Rechtsprechungspraxis des EuGH im Einzelnen	119
ii) Bestimmung des Erfüllungsortes nach der <i>lex causae</i>	120
d) Ergebnis	121
IV. Zusammenfassung und Ergebnis	122

Kapitel 3

Die Durchsetzung von Zuzahlungs- und Barabfindungsansprüchen vor ausländischen Gerichten

A. Grundsatz der <i>lex fori</i>	124
I. Verbreitung der <i>lex fori</i> -Regel in Europa	124
II. Dogmatische Begründung der <i>lex fori</i> -Regel im deutschen Recht	125
III. Mögliche Durchbrechungen der <i>lex fori</i> -Regel.....	125
B. Anwendbarkeit des SpruchG kraft Verweisung	126
I. Inhalt und Umfang der ‚kollisionsrechtlichen‘ Verweisung in Art. 24 Abs. 2 SE-VO und Art. 4 Abs. 2 S. 2 Verschmelzungsrichtlinie.....	126
1) Verweisung in Art. 24 Abs. 2 SE-VO	126
a) Grundsätzliches zur Bestimmung der Reichweite der Verweisung	126
b) Bestimmung der Reichweite des Verweisungsbefehls im Einzelnen	127
i) Regelungsbereich der Verordnung.....	127
ii) Ergebnis	130
2) Verweisung in Art. 4 Abs. 2 S. 2 Verschmelzungsrichtlinie	131
II. Materielldrechtsfreundliche Qualifikation der Bestimmungen des SpruchG	131
1) Bestimmungen des Spruchverfahrensgesetzes	134
a) Überblick	134
b) Verfahrensrechtliche Regelungen des SpruchG mit materiellrechtlichen Bezügen	134
2) Ergebnis	137
C. Anpassung nationalen Verfahrensrechts.....	137
I. Grundzüge der verfahrensrechtlichen Anpassung im deutschen Recht	137
II. Konkretisierung des Anpassungsbedarfs	138

III. Gemeinschaftsrechtliche Pflicht zur verfahrensrechtlichen Anpassung	140
1) Unterwerfung des nationalen Zivilprozessrechts unter die Kontrolle des Gemeinschaftsrechts	141
2) Grundfreiheiten des EGV	142
a) Grundsätzlicher Zusammenhang zwischen den Grundfreiheiten und dem nationalen Zivilprozessrecht	143
b) Eröffnung des ‚Schutzbereichs‘ der Grundfreiheiten im vorliegenden Fall	144
i) Niederlassungsfreiheit gem. Artt. 43 ff. EGV	144
ii) Kapitalverkehrsfreiheit Artt. 56 ff. EGV	145
iii) Ergebnis	146
3) Allgemeines Diskriminierungsverbot	146
4) Art. 10 EGV	147
a) Aus der Rechtsprechung des EuGH abgeleitete Grundsätze	148
i) Grundsatz der Gleichwertigkeit und Effektivität ..	148
ii) Rechtspraktische Auswirkungen des Grundsatzes der effektiven Geltung des Gemeinschaftsrechts und seine methodischen Auswirkungen auf die Rechtsanwendung des Zivilverfahrens- rechts nationaler Gerichte	149
b) Anwendung der Rechtsprechung auf die Frage der Anpassung	151
i) Meinungsstand	151
ii) Stellungnahme	152
5) Ergebnis	153

Kapitel 4

Verfahrensrechtliche Koordination mehrerer gleichzeitig anhängiger Spruchverfahren

A. Instrumente verfahrensrechtlicher Abstimmung	156
B. Verfahrensrechtliche Koordination mehrerer Spruchverfahren bei nationaler Verschmelzung	156
I. Rechtslage vor Inkrafttreten des SpruchG	156
1) LG Dortmund v. 10.09.1999 – 20 AktE 7/99	156
2) BayObLG v. 19.10.2001 – 3Z AR 36/01	157
3) OLG Frankfurt v. 12.08.2002 – 20 W 233/02	158
4) Reformvorschläge	159
II. Rechtslage nach Inkrafttreten des SpruchG	160
1) Änderungen durch die Einführung des FamFG	161

2) Tatbestand und Anwendungsbereich des § 2 Abs. 1 S. 2 und 3 SpruchG	161
3) Rechtsfolge	163
4) Stellungnahme.....	163
C. Verfahrensrechtliche Koordination parallel anhängiger Spruch- verfahren bei grenzüberschreitender Verschmelzung	164
I. Gemeinsame Anwendungsvoraussetzungen der Artt. 27, 28 EuGVVO	164
II. Abgrenzung des Anwendungsbereichs des Art. 27 zu Art. 28 EuGVVO.....	164
1) Streitgegenstandsbegriff des Art. 27 EuGVVO.....	165
a) Rechtssache Gubisch ./ Palumbo	165
b) Rechtssache Tatry ./ Maciej Rataj	166
c) Rechtssache Drouot ./ CMI industrial sites	167
d) Zusammenfassung.....	170
e) Stellungnahme	171
2) Bestimmung des Verfahrensgegenstandes gem. Art. 28 EuGVVO	173
3) Abgrenzung des Anwendungsbereichs der Art. 27 und Art. 28 EuGVVO.....	174
4) Bestimmung des Verfahrensgegenstandes im Spruch- verfahren im Hinblick auf Art. 27 und 28 EuGVVO	174
a) Mehrere Anträge von Aktionären einer übertragenden Gesellschaft.....	175
b) Mehrere Anträge von Aktionären verschiedener übertragender Gesellschaften	176
III. Anwendung der Art. 27 und 28 EuGVVO im Spruchverfahren	177
1) Art. 27 und 28 EuGVVO – Gemeinsame Fragen.....	177
2) Art. 27 EuGVVO und die Einleitung mehrerer Spruchverfahren in verschiedenen Mitgliedstaat- ten durch die Gesellschafter einer Gründungsgesellschaft..	178
3) Anwendung des Art. 28 EuGVVO im Spruchverfahren/ Einleitung mehrerer Spruchverfahren in verschiedenen Staaten durch die Gesellschafter unterschiedlicher Gründungsgesellschaften	179
a) Art 28 Abs. 2 EuGVVO	179
i) Antrag einer Partei	179
ii) Zuständigkeit des ersten Gerichts für beide Verfahren	179
iii) Zulässigkeit der Verbindung nach nationalem Recht	180
iv) Anhängigkeit in erster Instanz	181

v) Rechtsfolge	181
vi) Ausübung des Entscheidungsermessens bei Art. 28 Abs. 2 EuGVVO.....	183
b) Art. 28 Abs. 1 EuGVVO	184
i) Voraussetzungen	184
ii) Ausübung des Entscheidungsermessens bei Art. 28 Abs. 1 EuGVVO.....	185
4) Stellungnahme und Ergebnis	186

Kapitel 5 Gerichtsstandsklauseln als Instrument verfahrensrechtlicher Koordination

A. Zulässigkeit von Gerichtsstandsklauseln als materieller Satzungsbestandteil	189
I. Prozessrechtlicher Kontrollmaßstab für satzungsförmige Gerichtsstandsklauseln: Art. 23 EuGVVO und/oder autonomes deutsches Recht der Gerichtsstandsvereinbarung	190
1) Maßgeblicher Anknüpfungzeitpunkt	191
2) Situativer Anwendungsbereich des Art. 23 EuGVVO.....	192
a) Meinungsstand.....	192
b) Stellungnahme	193
3) Persönlicher Anwendungsbereich.....	194
II. Vorrang des Gemeinschaftsrechts	194
1) Meinungsstand	194
2) Stellungnahme.....	195
III. Anforderungen des Art. 23 EuGVVO an satzungsförmige Gerichtsstandsklauseln.....	195
1) Schriftformerfordernis.....	196
a) Zweck des Schriftformerfordernisses	197
b) Schriftformerfordernis und Verschmelzungsbeschluss	197
2) Materielle Wirksamkeitsvoraussetzungen der Gerichtsstandsvereinbarung/ des Verschmelzungsbeschlusses	198
a) Anwendbares Statut	198
b) Materielle Zulässigkeit von Gerichtsstandsklauseln nach deutschem Gesellschaftsrecht	199
3) Bestimmtheitserfordernis des Art. 23 Abs. 1 S. 1 EuGVVO	199
4) Derogationsverbot bei ausschließlichem Gerichtsstand.....	200
5) Einschränkung des Art. 23 EuGVVO durch den Verbraucherschutz gem. Art. 15 Abs. 1 EuGVVO.....	200

IV. Ergebnis.....	202
B. Konkrete Ausgestaltung einer möglichen Gerichtsstandsklausel	202
Kapitel 6	
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Arbeit	
Anhang	208
Literaturverzeichnis	211
Sachregister	231

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AG	Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
Art./Artt.	Artikel
AußStrG	Außerstreitverfahrensgesetz
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BayObLG	Bayerisches Oberlandesgericht
BB	Betriebs-Berater
Begr.	Begründung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BV	besloten Vennotschap
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	Bezüglich
C.C.R.	County Court Rules
c.j.	Code judiciaire
C.p.c.	Code de procédure civile
c.p.c.	Codice di procedura civile
CMR	Convention internationale concernant le transport international de marchandises par route
d.h.	das heißt
DAV	Deutscher Anwaltverein
DB	Der Betrieb
ders./dies.	derselbe/dieselbe/dieselben
DiskE	Diskussionsentwurf
DStR	Deutsches Steuerrecht
EG	Europäische Gemeinschaften
EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

EHUG	Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister
Einl.	Einleitung
EKG	Einheitliches Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen
EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Erläut.	Erläuterung
ErläutRV	Erläuterung der Regierungsvorlage
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGVÜ	Übereinkommen vom 27.09.1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVVO	Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anwendung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuInsO	Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates über Insolvenzverfahren
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EuÜbk	Europäisches Übereinkommen
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZVR	Europäisches Zivilverfahrensrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWIV-VO	Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 über die Schaffung einer europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZPR	Europäisches Zivilprozessrecht
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
f./ff.	Folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
Frankfurt a.M.	Frankfurt am Main
FS	Festschrift
gem.	Gemäß
GenG	Genossenschaftsgesetz
GesAusG	Bundesgesetz über den Ausschluss von Minderheitsgesellschaftern (Gesellschafter-Ausschlussgesetz)
GesRZ	Der Gesellschafter
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht/Rechtsprechungsreport
GS	Gedächtnisschrift
h.M.	herrschende Meinung
HFL	Holländischer Gulden (Florin)
HGB	Handelsgesetzbuch

HK-HGB	Heidelberger Kommentar zum Handelsgesetzbuch
hrsg.	Herausgegeben
Hs.	Halbsatz
i. V.m.	in Verbindung mit
IntGesR	Internationales Gesellschaftsrecht
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JbIntR	Jahrbuch für internationales Recht
Jhb.	Jahrbuch
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
KG aA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KK	Kölner Kommentar
KOM	Kommissionsdokument(e)
LEC	Ley de Enjuiciamiento Civil
LG	Landgericht
lit.	litera/literae
ltd.	Private limited company by shares
LugÜ	Lugano-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 16. September 1988
m. Anm.	mit Anmerkung
m.E.	meines Erachtens
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MüKo	Münchener Kommentar
NCPC	Nouveau code de procédure civile
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
öAktG	österreichisches Aktiengesetz
öFBG	österreichisches Firmenbuchgesetz
OGH	Oberster Gerichtshof
öGmbHG	österreichisches GmbH-Gesetz
OLG	Oberlandesgericht
öSEG	österreichisches Gesetz über das Statut der Europäischen Gesellschaft (Societas Europaea – SE)
öSpaltG	österreichisches Spaltungsgesetz
öUmwG	österreichisches Umwandlungsgesetz
plc	public limited company
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rats-Dok.	Dokumente des Rates der Europäischen Union
RdW	Das Recht der Wirtschaft

RegE	Regierungsentwurf
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rs.	Rechtssache
RV	Regierungsvorlage
Rz.	Randziffer
S.	Satz/Seite
S.A.	Société anonyme
SCE	Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE), Abl. Nr. L 207 v. 18.08.2003
SE	Societas Europaea
SEBG	Gesetz über die Beteiligung der Arbeitnehmer in einer Europäischen Gesellschaft
SEEG	Gesetz zur Einführung der Europäischen Gesellschaft vom 22. Dezember 2004
SE-VO	Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE)
Slg.	Sammlung (Entscheidungssammlung des EuGH)
SPRL	Société privée à responsabilité limitée
SpruchG	Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren (Spruchverfahrensgesetz – SpruchG) vom 12. Juni 2003
Srl	Société à responsabilité limitée
u.a.	unter anderem
UMAG	Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts vom 22.09.2005
UmwG	Umwandlungsgesetz vom 28. Oktober 1994
UmwG-E	Umwandlungsgesetz-Entwurf
v.	von
Var.	Variante
VereinsG	Vereinsgesetz
VerschG	Verschmelzungsgesetz
VfGH	Österreichischer Verfassungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Wbl	Wirtschaftsrechtliche Blätter
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Einleitung

A. Einführung

Das Gesellschaftsrecht hat in den vergangenen Jahren tiefgreifende Änderungen erfahren. Das gilt nicht nur für die Frage des Zuzugs und Wegzugs von (Scheinauslands-)Gesellschaften¹, sondern auch für den Bereich des Verschmelzungsrechts. Während bis zur Entscheidung des EuGH in der Rechtssache SEVIC² nach überwiegender Ansicht³ grenzüberschreitende Verschmelzungen auf der Grundlage des Umwandlungsgesetzes⁴ nicht möglich waren, stellt sich nunmehr die Frage, inwieweit das nationale Gesellschaftsrecht zur Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit verpflichtet ist, grenzüberschreitende Verschmelzungen zu ermöglichen. Gegenwärtig herrscht hierüber noch keine Einigkeit.⁵ Auch die Frage der dabei anzu-

¹ Maßgeblich beeinflusst wurde das europäische Gesellschaftsrecht durch die Entscheidungen EuGH v. 27.09.1988, Rs. C-81/87, Slg. 1988, 5483 *Daily Mail*; EuGH v. 09.03.1999, Rs. C-212/97, Slg. 1999, I-1459 *Centros*; EuGH v. 05.11.2002, Rs. C-208/00, Slg. 2000, I-9919 *Überseering*, EuGH v. 20.09.2003, Rs. C-167/01 *Inspire Art*; EuGH v. 16.12.2008 – Rs. C-210/06 – *Cartesio*, abgedruckt in GmbHR 2009, 86 ff. mit Anmerkung *Meilicke*.

² EuGH v. 13.12.2005, Rs. C-411/03 *SEVIC Systems AG*, NJW 2006, 425 ff.; Der EuGH stellt in dieser Entscheidung fest, dass es mit der Niederlassungsfreiheit gem. Artt. 43, 48 EG nicht vereinbar sei, dass in einem Mitgliedstaat der EU die Eintragung grenzüberschreitender Verschmelzungen in das Handelsregister generell verweigert werde, wenn die Eintragung einer Verschmelzung unter Beteiligung ausschließlich inländischer Gesellschaften möglich sei. Das Urteil betraf die Verschmelzung einer luxemburgischen SA auf eine deutsche AG. Zum Vorlagebeschluss des OLG Koblenz siehe: OLG Koblenz v. 16.09.2003, 4 HK.T 1/03, DB 2003, 2428 f.

³ *Heckschen*, in: Widmann/Mayer, § 1, Rz. 206 ff., 212 ff.; *Semler/Stengel*, in: Semler/Stengel, Einleitung A, Rz. 110 ff.; *Schaumburg*, GmbHR 1996, 501 ff.; *Dötsch*, BB 1998, 1029 f.

⁴ *Ganske*, WM 1993, 1117, 1120; *Rixen/Böttcher*, GmbHR 1993, 572; *Neye*, ZIP 1994, 917, 919; *Großfeld*, AG 1996, 302; *Picot/Land*, DB 1998, 1601, 1607; *Hoffmann*, NZG 1999, 1077, 1079.

⁵ Da sich die Entscheidung des EuGH auf die Verschmelzungskonstellation der sog. Hineinverschmelzung bezieht, wird im Schrifttum teilweise davon ausgegangen, dass eine Hinausverschmelzung weiterhin durch zwingende Gründe des Allgemeininteresses eingeschränkt werden kann, also etwa aus Gründen des Schutzes der Interessen der Gläubiger, Minderheitengesellschafter und Arbeitnehmer. Vgl. etwa *Forsthoff*, DStR 2006,